



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 24
16.06.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 39 % bzw. 38 %, SPD bei 25 % bzw. 24 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung in den meisten politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen leicht
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land positiv Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Rentenpolitik
Wichtigstes Thema:	US-Präsidentschaft Donald Trump

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	38 (-1)	39 (-)	39 (+1)
SPD	24 (-)	25 (-)	24 (-)
FDP	9 (+1)	7 (-)	9 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	8 (-)	7 (-1)	7 (-)
AfD	7 (-)	8 (-)	8 (-1)
Sonstige	6 (-)	5 (+1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.	08.-13.06.	12.-13.06.

Die Union liegt bei infratest dimap 15 (+1), bei forsa 14 (-1) und bei Emnid 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	53 (-)
Schulz	23 (-)
keinen von beiden	24 (-)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

94 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 87 % (-1) für Merkel und 3 % (-2) für Schulz entscheiden.

61 % (-6) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 23 % (+1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.06.2017)

² im Vergleich zur KW 23

Problemlösungskompetenz

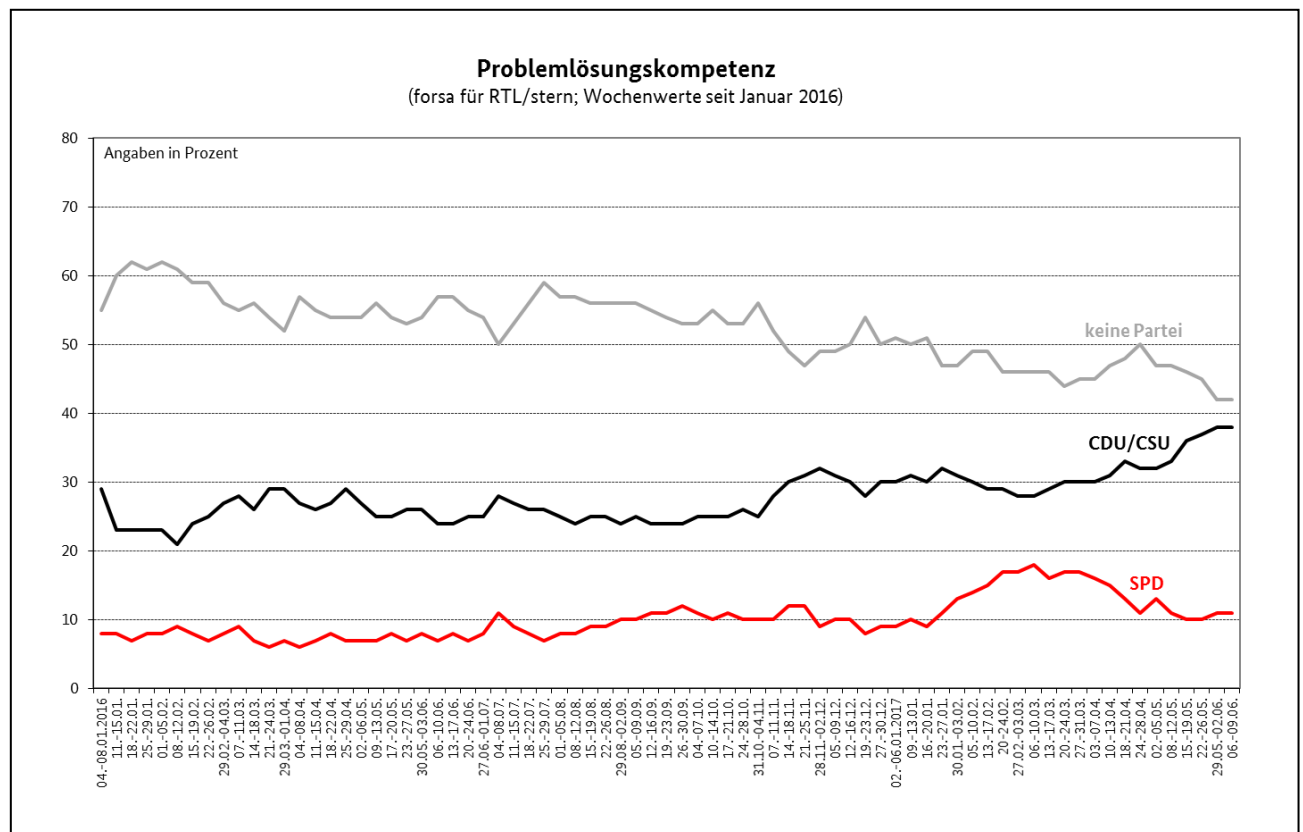
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	38	(-)
SPD	11	(-)
sonstige Parteien	9	(-)
keine Partei	42	(-)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 27 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

42 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

80 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (-1) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juni 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (-2)	27 (+2)	2 (+1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (+2)	31 (-1)	3 (-1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (+5)	34 (-2)	4 (-2)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (+5)	33 (-5)	4 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	52 (-6)	42 (+5)	4 (-)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-)	40 (-1)	6 (-)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-7)	44 (+7)	5 (-)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (+6)	36 (-9)	12 (+2)	2 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (-1)	43 (-4)	9 (+4)	3 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-1)	40 (+1)	12 (-1)	3 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (+2)	43 (-)	11 (-3)	3 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-)	45 (-2)	13 (+4)	4 (-3)
neue Technologien fördern	33 (-1)	48 (+1)	16 (-)	3 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-)	54 (+2)	10 (-3)	3 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	32 (-3)	53 (+5)	13 (-1)	2 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	32 (+4)	46 (-3)	18 (-)	3 (-2)
für Preisstabilität sorgen	29 (-)	53 (-2)	15 (+3)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	27 (-1)	53 (-1)	17 (+2)	2 (+1)
Staatsschulden begrenzen	27 (-2)	49 (-5)	17 (+3)	6 (+4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+1)	53 (-3)	18 (+3)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (+1)	58 (-3)	15 (+3)	2 (-)
Erhebungszeitraum	07.-13.06.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Linkspartei (79 %) und der FDP (78 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung (65 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 59-Jährigen (74 %) sowie von Anhängern der SPD, der AfD und der FDP (jew. 73 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (69 % zu 59 %). Unter 30-Jährige (59 %) und Anhänger der Union (58 %) betrachten die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Juni 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	71 (-2)	21 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (-5)	20 (+3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	69 (-4)	23 (+2)
neue Technologien fördern	68 (-1)	24 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	67 (+4)	30 (-4)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+4)	31 (-5)
für Preisstabilität sorgen	61 (-1)	32 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (-2)	35 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (-1)	39 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	56 (+2)	40 (-)
Staatsschulden begrenzen	55 (-4)	37 (+4)
Verbraucherschutz stärken	51 (-2)	40 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	49 (+3)	40 (-8)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (-)	43 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49 (-6)	44 (+4)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-4)	47 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-1)	51 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (+2)	55 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (+1)	59 (-3)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-1)	62 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (-)	65 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-13.06.2017	

In 12 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (71 %) und die Wirtschaftspolitik (70 %).

Im Politikfeld "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 6 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

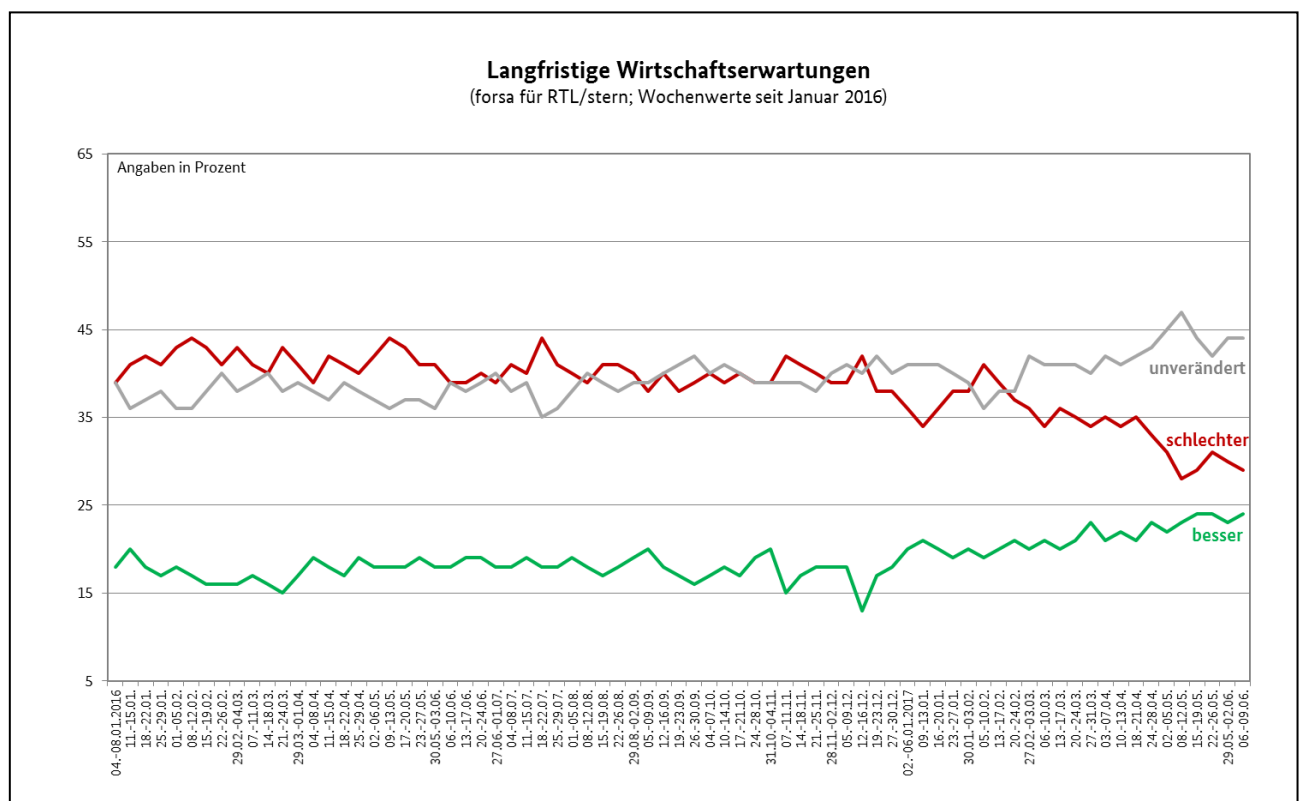
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	24	(+1)
schlechter	29	(-1)
unverändert	44	(-)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 5 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	52 (-2)
eher in die falsche Richtung	40 (+4)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.

Personen mit hoher formaler Bildung (57 %) sowie Anhänger der Union (75 %) und der FDP (58 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Gutverdiener häufiger als Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (59 % zu 46 %).

Für Personen mit mittlerer formaler Bildung (48 %) und Ostdeutsche (46 %) sowie für Anhänger der AfD (91 %) und der Linkspartei (61 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	87 (-)	13 (+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	67 (-2)	27 (+2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48 (-1)	51 (+1)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	46 (+3)	48 (-1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	39 (+2)	57 (-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	38 (-2)	56 (+1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	37 (-)	61 (+1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	31 (-2)	64 (+2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30 (-1)	67 (-)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (67 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (71 %) und der SPD (55 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (64 % zu 37 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (58 % zu 37 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (56 % zu 38 %). Ostdeutsche (62 %) und Anhänger der AfD (87 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (62 %) sowie Anhänger der AfD (80 %), der Linkspartei (69 %) und der FDP (62 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.

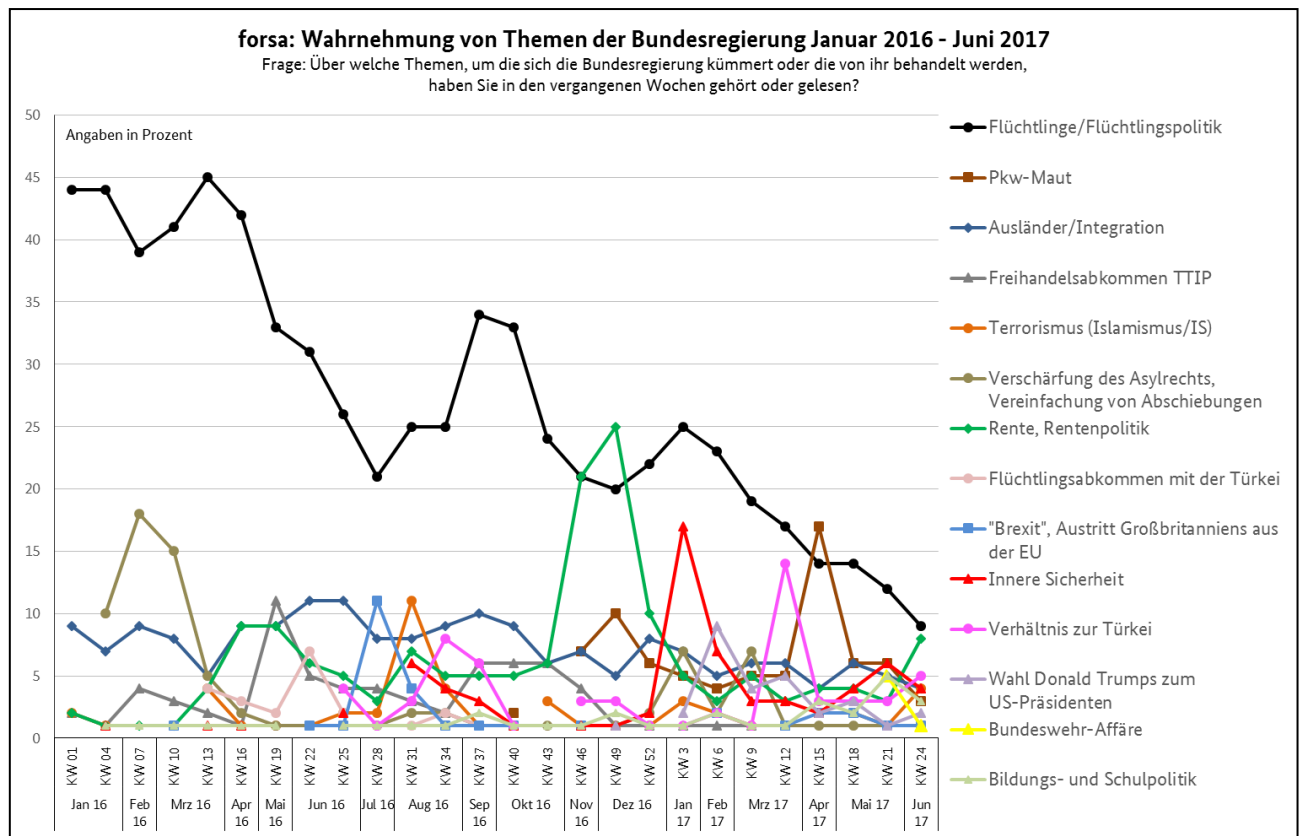
Auch mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern sind Ostdeutsche (75 %) sowie Anhänger der AfD (82 %), der Linkspartei (75 %) und der FDP (69 %) besonders häufig unzufrieden.

30- bis 59-Jährige (73 %) sowie Anhänger der AfD (80 %), der Linkspartei (77 %) und der FDP (73 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersvorsorge.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	9 (-3)
Rente, Rentenpolitik	8 (+5)
Verhältnis zur Türkei	5 (+2)
Innere Sicherheit	4 (-2)
Ausländer/Integration	4 (-1)
Terrorismus (Islamismus/IS)	4 (+3)
Pkw-Maut	3 (-3)
Bildungs- und Schulpolitik	3 (-2)
Erhebungszeitraum	06.-09.06.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
US-Präsidentschaft Donald Trump	19 (+3)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	12 (-18)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	11 (-1)
Wahlen in Frankreich	10 (+10)
Wahl in Großbritannien	7 (neu)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6 (+3)
Erhebungszeitraum	12.-13.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der US-Präsidentschaft Trumps. Überdurchschnittlich häufig sehen 35- bis 49-Jährige (23 %) sowie Anhänger der FDP (30 %) und der Grünen (25 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (24 % zu 9 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (12 %) und Anhänger der AfD (1 %) nennen die US-Präsidentschaft Trumps unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der AfD (40 %) und der Union (17 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig.

